

Bedingungsloses Grundeinkommen

Ein Weg aus Arbeitslosigkeit
und Bevormundung?

Götz W. Werner
Benediktus Hardorp

Die aktuelle Situation

Wovon frühere Generationen in unserem Land nur träumen konnten, ist Wirklichkeit geworden: Nie zuvor war eine so gute Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen für die breite Bevölkerung möglich. Wir produzieren insgesamt – wenn auch nicht alle daran ausreichend teilhaben – mehr, als wir verbrauchen können; wir leben also in vergleichsweise paradiesischen Zuständen.²

Was diese Zustände für viele Menschen jedoch alles andere als paradiesisch macht, ist die einhergehende steigende Arbeitslosigkeit. Diese wiederum ist jedoch das Ergebnis derselben Optimierungen, die zu einer immer besseren Versorgung der Menschen mit immer geringerem Arbeitsaufwand geführt hat. Denn der Erfolg unserer Marktwirtschaft beruht ja gerade darauf, dass wir Maschinen und Methoden entwickelt und geschaffen haben, die uns den Teil der Arbeit, der automatisierbar ist, zunehmend abnehmen, die uns von dieser Arbeit befreien. Die derzeitig bestehende Arbeitslosigkeit muss also im Grunde als ein großer Erfolg angesehen werden. Allerdings hat in unserer Gesellschaft ein zunehmender Teil der Menschen dadurch immer weniger zum Leben und es ist zu befürchten, dies könne sich in naher Zukunft noch verschärfen. Die Frage drängt sich auf, ob das angesichts der hohen Produktivität nötig ist. Liegt der Engpass in unserer Leistungsfähigkeit oder in unseren veralteten Verfahren der Einkommenszumessung³?

Hat die Ideologie „Arbeit für alle“ ausgedient? ⁴

Die traditionelle bezahlte Erwerbstätigkeit verliert für den Lebensunterhalt der Menschen an Bedeutung. Laut Statistischem Bundesamt gaben im April 2006 nur 39 % auf die Frage nach der wichtigsten Unterhaltsquelle die eigene Berufstätigkeit an.⁵ 15 Mio. von 82 Mio. Menschen leben in Deutschland derzeit aus anderen Quellen: von Erbschaften, Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Schwarzarbeit oder Zuwendungen Dritter.

In der Politik aber gilt die Schaffung von Arbeitsplätzen zum

Erreichen der „Vollbeschäftigung“ durch Wirtschaftswachstum weiterhin als oberstes Ziel. Die Probleme können jedoch nicht mit denselben Methoden gelöst werden, die diese Probleme verursacht haben. Es kann außerdem – so paradox das klingt - nicht die Aufgabe der Wirtschaft sein, Arbeitsplätze zu „schaffen“.

An diesem Punkt wird deutlich, dass nur ein radikales Umdenken bei gleichzeitiger Überwindung herkömmlicher Denkmuster aus der Sackgasse führen kann. Das Bestehende muss hinterfragt und neue Erkenntnisse in die bestehenden Prozesse integriert werden. Aus dieser Einsicht resultiert die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Wer nicht arbeitet, muss trotzdem essen

Zunächst muss die enge Verkoppelung von Arbeit und Einkommen, die die hohe Arbeitslosigkeit mit herbeigeführt hat, gelöst und neu gedacht werden. Im herkömmlichen, rein erwerbswirtschaftlichen Arbeitsbegriff sind beide scheinbar notwendig miteinander verknüpft: „Wer essen will, muss arbeiten“. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um eine überholte gesellschaftliche Konvention aus den Zeiten der Selbstversorgung, die wir heute neu begreifen können: Das eine ist unser Einkommen, das benötigt wird, um unsere Bedürfnisse durch Konsum befriedigen zu können – das andere ist unsere Arbeit, durch die wir uns in die Gesellschaft einbringen, um Leistungen für andere zu erzeugen; es handelt sich dabei um zwei ganz verschiedene Dinge.

Die Voraussetzung für einen solchen möglichen neuen Denkansatz ist ein grundsätzlicher Bewusstseinswandel in unserem Verhältnis zur Gesellschaft. Ein solches Umdenken hat Rudolf Steiner schon 1906 als notwendig erachtet. Er bezeichnete dies als ein soziales Hauptgesetz:

„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Mensch ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. [...]

**Worauf es also ankommt, das ist,
dass für die Mitmenschen arbeiten
und ein gewisses Einkommen erzielen
zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien.“⁶**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen – was ist das?

**Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Betrag,
der an jeden Bürger vom Staat ausbezahlt wird,**

**ohne dass von ihm eine Gegenleistung erwartet wird.
Das bedingungslose Grundeinkommen ist somit
die Grundsicherung, die dem Menschen seine Würde lässt.**

Jeder Bürger - Kind, Student, Erwerbstätiger, Arbeitsloser sowie Rentner - bekommt einen altersabhängigen, festzulegenden Betrag. Dieses Grundeinkommen muss vom Einzelnen nicht gerechtfertigt und begründet werden, es muss keine Bedürftigkeit nachgewiesen und auch keine Sozialarbeit im Austausch geleistet werden. Diskriminierende und verwaltungsaufwändige Prozeduren der Anspruchsprüfung entfallen. Das Grundeinkommen steht jedem zu und sichert jedem ein ausreichendes Einkommen für seine materielle Existenz und kulturelle Entwicklung. Es ist kein erweitertes Sozialgeld, sondern entstammt einer anderen Haltung, dem unbefangenen Blick auf die Priorität: Freiheit und Würde jedes Menschen.

Freiraum für individuelle Initiative oder „soziale Hängematte“?

Die Vorstellung, dass der Mensch von Natur aus faul ist und dass er, wenn ihn die Existenzangst nicht zur Arbeit zwingt, seine Zeit vor dem Fernseher verbringt oder sich ein „schönes Leben“ auf Mallorca macht, ist weit verbreitet. Interessanterweise glauben die meisten dies zwar von ihren Mitmenschen, weisen es für sich selbst aber weit von sich.

Tatsächlich ist die Situation heute auch ohne Grundeinkommen nicht sehr weit davon entfernt: Ein Fünftel aller Arbeitnehmer lebt in innerer Kündigung, nur ein gutes Zehntel kann sich laut Statistik mit seiner Arbeit voll identifizieren.⁷ Sie tun ihre Arbeit ausschließlich, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und nicht, weil sie den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Depressionen, burn-out-Syndrom, Existenzängste, Angst vor Krankheit und Angst vor dem Rentenalter sind die häufige Folge.

Wäre die wirtschaftliche Lebensgrundlage jedoch durch ein Grundeinkommen gesichert, entfielen die Abhängigkeit von Lohn oder Gehalt. Der Mensch wäre befreit von der Arbeit, die er ausschließlich zur Einkommenserzielung macht.

Das bedingungslose Grundeinkommen ermöglichte jungen Menschen Ausbildung und Studium ohne finanzielle Abhängigkeit von den Eltern, sicherte ein Einkommen im Alter und vereinfachte z.B. das Auflösen von Lebenspartnerschaften. All das würde zu Entspannung im sozialen Klima führen.⁸

Trotz dieser Grundabsicherung würden die meisten Menschen arbeiten wollen, dies bestätigen auch wissenschaftliche Studien. Arbeit würde zu einer freiwillig erbrachten Leistung gemäß dem persönlichen Potenzial und im für sinnvoll empfundenen Umfang und Zeitrahmen werden. Arbeitsverträge würden flexibel gestaltet. Die Unternehmen müssten sich anstrengen, um attraktive Arbeitsplätze anzubieten. Die Menschen wären motiviert, weil sie nun das machen könnten, was sie für sinnvoll halten.

Die Menschen könnten gewonnene Zeit für Studium und Weiterbildung nutzen. Sie wären auch viel eher bereit, eine Familie zu gründen, wenn Kinder kein Armutsrisiko mehr wären. Das wiederum hätte positive Auswirkungen auf die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft. Aber auch ein Sabbat-Jahr, kreative Lebensphasen und Muße wären erschwinglich. Unternehmerische Initiativen könnten sich auf dieser Grundlage viel leichter entwickeln, weil kein existenzgefährdendes finanzielles Risiko damit verbunden wäre.

Grundeinkommen ermöglicht selbstbestimmte Leistung.

Es handelt sich beim Grundeinkommen also nicht um eine Bereicherung ohne Leistung, vielmehr soll gerade wirkliche Leistung *ermöglicht* werden. Arbeitslosigkeit im heutigen Sinne entsteht nur durch die Gleichsetzung von Arbeit mit Erwerbsarbeit.

Selbstbestimmte, nicht erwerbsorientierte Arbeit gibt es hingegen so viel, wie es Menschen gibt.

Auch die Möglichkeit, eine vergütete Arbeit aufzunehmen, wäre mit dem Grundeinkommen nicht abgeschafft. Die meisten würden mehr verdienen wollen, als das Grundeinkommen bietet. Unbeliebte Arbeiten müssten besser bezahlt werden, schlechte Arbeitsverhältnisse und fragwürdige Produkte würden teurer. Das Grundeinkommen ermöglichte eine freie Entscheidung zur Wertschöpfung und wirkte damit auch fördernd auf den Wettbewerb.⁹

Freiheitliche Gesellschaftsordnung statt sozialstaatlicher Gängelerei

An der Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens kann sich erweisen, ob ein Staatswesen – freilich entgegen anders lautenden Beteuerungen – ein obrigkeitsstaatliches Selbstverständnis hat oder ob es ihm ernst ist mit der geforderten Freiheit und Selbstverantwortung des Bürgers, die er u.a. durch ein funktionierendes Wirtschaftssystem ermöglichen sollte. Die derzeit diskutierten Alternativen scheinen allerdings darauf hinauszulaufen, den Bürger bei zunehmend produktiver Wirtschaft immer mehr an ein sozialstaatliches Gängelband zu legen, anstatt ihm durch ein Grundeinkommen bürgergesellschaftliche Freiheit zuzugestehen, also eine freiheitliche Gesellschaftsordnung Realität werden zu lassen.

Freiheit bedeutet immer Freiheit zur selbstbestimmten Gestaltung von Zeit, von Lebenszeit; das kann und wird bei volkswirtschaftlich abnehmender abhängiger und weisungsgebundener Beschäftigung auch bedeuten: mehr Zeit für selbstbestimmte Tätigkeit.

**Arbeit mit Menschen und am Menschen
wird wieder bezahlbar.**

Wenn die Menschen sich also sinnvolle Arbeitsplätze suchen können und gleichzeitig eine erste finanzielle Basis haben, entsteht ein großes Potenzial für dann leichter bezahlbare Arbeit am und für die Menschen in Pflege und Gesundheitswesen, im Bereich der Kultur und Bildung. Ein Blick in unsere Altenheime, Kindergärten oder Krankenhäuser zeigt, dass genügend Arbeit da ist. Nur erscheinen in unserem System die Sozialarbeiter, Pfleger, Erzieher und Lehrer nicht mehr in ausreichendem Maß dafür bezahlbar. Zudem produziert die gegenwärtige Arbeitslosigkeit zusätzlich Probleme wie Krankheit, Hoffnungslosigkeit, Kriminalität und auch Manipulierbarkeit. Damit wird für die davon betroffenen Menschen weitere intensive Zuwendung und Hilfe nötig.

Diese Art von „Kulturarbeit“ ist aber nicht automatisierbar. Sie als individuelle Leistung weiter zu entwickeln und zu pflegen ist eine vorrangige Aufgabe der Menschen unseres Kulturkreises, und das umso intensiver, je mehr automatisierbare Arbeit ihnen von Maschinen, Robotern und Computern abgenommen wird.

Ein Grundeinkommen würde den Menschen zudem größeren Freiraum für ein vielfältiges ehrenamtliches Engagement und für gesellschaftspolitische Mitwirkung in Aufgaben des Gemeinwesens geben, was sich wiederum positiv auf die Entwicklung der Gesellschaft auswirken würde.

Wie ist ein Grundeinkommen finanzierbar?

Um ein Grundeinkommen in der vorgestellten Form für alle Bürger zu finanzieren, gibt es zwei Wege, die jeder für sich oder auch in Kombination gegangen werden könnten.

Die jetzigen Sozialleistungen werden zu einem Grundeinkommen zusammengefasst.

Der eine ist die Zusammenfassung möglichst aller jetzigen Sozialleistungen zu einem einzigen Grundeinkommen. 720

Milliarden Euro werden schon jährlich durch die sogenannten sozialen Transfersysteme an die Bürger umverteilt in Form von Zuschüssen an Rentenkassen, Kinder- und Wohngeld, Arbeitslosengeld, BAföG, Steuerfreibeträge, Subventionen o.ä. Mit diesem Geld werden schon heute alle Bürger mit einem Existenzminimum versorgt. Dieses Geld stünde dann für die Zahlung der Grundeinkommen zur Verfügung, wenn alle bisherigen Transferzahlungen entfallen.

Der andere, dadurch herausgeforderte, Weg besteht in einer grundsätzlichen Änderung des Steuerwesens. Unsere heutigen, im Wesentlichen auf nominellen (geldlichen) Größen basierenden, Steuererhebungsformen der Einkommens- oder Ertragsbesteuerung gehen auf eine Zeit zurück, in der ein Großteil der Menschen noch in natürlicher Selbstversorgung lebte. In einer solchen Gesellschaft und Wirtschaft ist der Staat darauf angewiesen, die Bürger an ihren Einkommensquellen zu besteuern. Heute jedoch, da unser Wirtschaftsleben immer deutlicher zu einem Füreinander-Leisten geworden und von hoher Interaktion und Transaktion gekennzeichnet ist, wo der Einzelne nicht mehr, beziehungsweise nur noch in geringem Maße, das konsumiert, was er selbst produziert, er also fast ausschließlich für andere leistet, ist dieses System nicht mehr zeitgemäß.

Als Konsumenten müssen wir ein Interesse daran haben, dass derjenige, der Leistung für uns erbringt, dies möglichst ungestört tun kann. So tendiert die Entwicklung unserer Steuereinnahmen richtigerweise auch ihrer Erhebungsform nach immer mehr zu einer stärkeren Besteuerung des Konsums (Erhöhung der Mehrwertsteuer). Woher sollen auch die Mittel kommen, wenn das abstrakt definierte Einkommens- und Ertragssteueraufkommen als breite Besteuerungsgrundlage immer stärker wegbricht und die Haushaltseinnahmen immer stärker für Zuwendungen an die steigende Zahl der Arbeitslosen benutzt werden müssen? Die Umstrukturierung des Steuerwesens zu einem konsumbasierten Steuersystem ließe sich durch das schrittweise Herunterfahren der einkommensbasierten Steuern bei gleichzeitiger Anhebung der

Konsumsteuern – die Mehrwertsteuer ist deren Haupttyp – realisieren.

Kurz gesagt:

Es wird nicht mehr die Erbringung der Leistung versteuert, sondern deren Konsum. Das ist auch Ausdruck des Übergangs der Selbstversorgungsgesellschaft zur Fremdversorgungsgesellschaft.¹⁰

Bei einer ausschließlichen Konsumbesteuerung stellen viele Menschen die Frage nach der Gerechtigkeit. Wer sich finanziell viel leisten kann, wird zwar mehr konsumieren, aber für seinen persönlichen Konsum im Verhältnis zu seinem Einkommen einen geringeren Prozentsatz ausgeben müssen als ein weniger Wohlhabender. Trotzdem trägt er mit seinem höheren Konsum auch eine höhere Steuerlast. Um die Besteuerung sozialverträglicher zu gestalten, könnte die Staffelung der Steuersätze erweitert werden, wie wir sie z.Zt. in Deutschland mit 7% z.B. für Nahrungsmittel und 16% Standardmehrwertsteuer haben. Es könnten höhere Steuern für gehobenen Konsum und für Luxusgüter erhoben werden, wie dies derzeit beispielsweise in Österreich der Fall ist. Verzichtet man auf eine Differenzierung der Mehrwertsteuer – wie Dänemark und Schweden dies (z.Zt. 25%!) tun, so müsste man – wie es auch diskutiert wird - mit anlassbezogenen Zuschlägen zum Grundeinkommen (bei Behinderungen z.B.) arbeiten. Eine Grundgerechtigkeit wäre zudem bereits dadurch hergestellt, dass der Konsumsteuerbeitrag mit der Konsummenge steigt – also besonders Wohlhabende verhältnismäßig viel zum Steueraufkommen beitragen, das Grundeinkommen jedoch pro Kopf ausgezahlt wird und damit z.B. kinderreichen Familien besonders hilft.

Es wird deutlich, dass die für die Zahlung eines Grundeinkommens erforderlichen Geldströme bereits weitgehend fließen. Wenn in der Bundesrepublik die erhöhten Konsumsteuereinnahmen nicht unmittelbar in den allgemeinen Staatsetat fließen, sondern auch zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens herange-

zogen würden, könnten im gleichen Zeitraum die bisherigen Einkommensbezüge – Löhne und Gehälter sowie die Transferzahlungen des Staates – um den gleichen Betrag (pro Person) gesenkt werden.

Langfristig könnten alle anderen Steuern außer der Konsum- oder Mehrwertsteuer wegfallen. ¹¹

Wirtschaftliche Auswirkungen des Grundeinkommens

Die substitutive Wirkung des Grundeinkommens hätte vor allem zwei Entwicklungen zur Folge.

Lohnkosten. Zum einen könnten die Lohnkosten, die von den Unternehmen aufgrund der bestehenden Marktbedingungen an die Kunden weitergegeben werden, sinken; das heißt, es würden auch die im Export entscheidenden Nettopreise (ohne Mehrwertsteuer) – tendenziell in gleichem Umfang – niedriger werden;

Kaufkraft. Dies führte bei gesteigerter Konsumbesteuerung vom Preisniveau her im Ergebnis zu etwa konstanten Endverbraucherpreisen. Da die gesunkenen Löhne und Gehälter für die Menschen durch ein Grundeinkommen ausgeglichen würden, bliebe die Kaufkraft, die im persönlichen Bereich nicht mehr durch Steuern verringert würde, im Ganzen erhalten. Der persönliche Freiraum des Einzelnen würde sich weiten, da durch ein Grundeinkommen die auch von Rudolf Steiner geforderte Enkoppelung von Arbeit und Einkommen zumindest partiell realisiert wäre.

Verwaltungsentlastung der öffentlichen Hand. Zum anderen könnte der Staat die bereits heute bestehenden Transferzahlungen an Bürger - in Form von Renten, Pensionen, Kindergeld oder Entlohnung seiner Angestellten, Politiker und Beamten - in die durch das Grundeinkommen erhöhte „Staatsquote“ (Steuern und Sozialabgaben) einbeziehen, was die aufzubringende Gesamtlast nicht erhöhen, die Verwaltungskosten aber entscheidend verringern würde.

Der ‚Marsch in die Konsumsteuer‘ ist also nichts, vor dem wir uns

ängstigen müssten, sondern nur eine Konsequenz der hervorragenden, von wachsenden Einkommensübertragungen begleiteten wirtschaftlichen Entwicklung unserer Gesellschaft. Es handelt sich um einen aufkommensneutral zu gestaltenden Umbau der Steuererhebung. Auch die Unternehmenssteuern könnten in diesem Zuge gesenkt und am Ende abgeschafft werden. Dies scheint umso mehr geboten, als jede Besteuerung von Unternehmen letztlich nur aus den Produkterlösen gezahlt werden kann und daher schon heute in den Preisen enthalten ist.¹² Nur ist der hohe Anteil solcher Steuern in unseren konsumreifen Produkten heute nicht sofort erkennbar. Daneben enthält der Nettopreis die Mitarbeiterereinkommen, die Gewinne des Unternehmens, Zinszahlungen und alle Vorleistungen anderer Unternehmen. All dies zahlt letztendlich der Endverbraucher.

Deutschland kann ein „Investitions- und Arbeitsparadies“¹³ werden.

Welche Auswirkungen hat ein in dieser Weise wirkendes Grundeinkommen für den Unternehmenssektor? Deutschland würde durch die Umstrukturierung des Steuerwesens eine ‚Steuer- und Investitionsoase‘. Sinkende Nettopreise (siehe oben) wirkten förderlich auf den Export. Heute exportieren wir unsere vergleichsweise hohen Sozialkosten über die Preise mit ins Ausland. Das bedeutet, dass auch Drittweltländer sie mitfinanzieren, was unter Globalisierungsgesichtspunkten als ungerecht anzusehen ist.

Niedrige Lohnstückkosten würden den Standort Deutschland dagegen wieder attraktiver machen. Zugleich würde die mit ungleich niedrigeren Steuern und Sozialkosten kalkulierende Konkurrenz aus Billiglohnländern, in denen weniger Infrastruktur, Sozialleistung, Kultur und Umweltschutz mitfinanziert werden muss, durch unsere dann höhere, ausgleichende Mehrwertsteuer belastet, was die Nachfrage nach inländischen Produkten erhöht.

Überzogene Arbeitsmarktreglementierungen im Tarifrecht und beim Kündigungsschutz würden überflüssig und somit ein flexibler

Arbeitseinsatz auf der Basis von Individualvereinbarungen möglich. Der riesige Apparat zur Steuereinzahlung mit Finanzbeamten und Steuerberatern könnte erheblich reduziert werden. Schwarzarbeit wäre ein Thema von Gestern.¹⁴

Die Zukunftsangst der Menschen und die Vorsorge- und Sparnotwendigkeiten würden reduziert. Dadurch stünde mehr Geld für Konsum zur Verfügung. Stimulierung von Selbstorganisation und Selbstverantwortung und mehr individuelle Freiheit wären die Folge. Zunehmend würden vor allem die als sinnvoll wahrgenommenen Arbeitsaufgaben gesucht und geleistete Arbeit würde den eigenen Intentionen in höherem Maße entsprechen und dadurch authentischer und letztlich auch effizienter werden. Es würde zusätzliches Potenzial für bezahlbare Kulturarbeit, Bildungs- und Pflegearbeit (Arbeit direkt für den Mitmenschen und am Mitmenschen) entstehen und ein immenser Impuls für Wissenschaft und Forschung ebenso wie für unternehmerische Initiative freigesetzt.

Das bedingungslose Grundeinkommen würde die heutigen Gegensätze von hohem Einkommen, steigender Produktivität und niedrigen Löhnen überwinden.

Gibt es Alternativen zum Grundeinkommen?

Was sind die Alternativen? Wollen wir zu den Zeiten geringer Produktivität zurückkehren? So abwegig dies erscheinen mag, die Forderung nach Niedriglohnjobs, nach Annahme von zumutbarer Arbeit – wobei hier wohl die Frage zugelassen werden muss: Zumutbar für wen? – und die Schaffung eines Niedriglohnsektors schlagen im Ergebnis genau dies vor; ebenso stellt die Aufforderung, Unternehmen sollten mit „stumpferem Bleistift“¹⁵ rechnen, eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades auf Kosten der Produktivität dar. Wer würde angesichts der Absurdität mancher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bei denen selbst die sinnlosesten Tätigkeiten mit der

„Übung und Vorbereitung auf richtige Arbeit“ gerechtfertigt werden, noch an der Gängelung des Bürgers und dem gleichzeitigen Rückfall in niedrigere Produktivität zweifeln? Hier kann die Zukunft nicht liegen.

Die Zukunft der Demokratie setzt auf freie Bürger. Eine Gesellschaft und ein Staatswesen, denen es mit dieser Freiheit ernst ist und für die Freiheit nicht nur das Abgeben von Verantwortung an den Bürger ist, kann die Augen vor den Möglichkeiten eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht verschließen; umso weniger in einem Wirtschaftssystem, das so sehr Zeit an Geld koppelt wie das unsrige.

Gerade heute sind die Chancen für diese Freiheit aufgrund unserer hohen Produktivität größer denn je. Ergreifen wir sie!



Autorennotiz:

Prof. Götz W. Werner, geboren 1944. Nach Mittlerer Reife und Handelsschule Ausbildung zum Drogisten. Weiterbildung in verschiedenen Handelsunternehmen und Mitarbeit im elterlichen und weiteren Drogerieunternehmen. Seit 1973 selbstständig mit der Eröffnung des ersten dm-drogerie marktes in Karlsruhe, mit derzeit ca. 1650 Filialen in acht Ländern Europas. Verleihung des Manager Award 2005/2006 vom Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU e.V. Als Professor Leitung des Instituts für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe. Vortragstätigkeit.

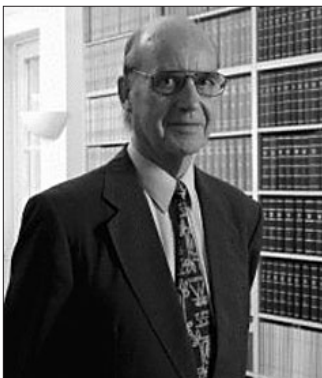
Der Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen:

Er kann in seinen wesentlichen Schritten so aussehen:

- 1.) Alle bestehenden sozialen Transfersysteme und Transfer-elemente werden, soweit rechtlich möglich, zu *einer* Leistung für die Bürger zusammengefasst: zum *Grundeinkommen*.
- 2.) Dieses wird - ggfs. altersbezogen gestaffelt - jedem, der als Bürger im Inland lebt, ohne Wenn und Aber *bedingungslos* gewährt.
- 3.) Als Menschenrecht und als *Verfassungsrechtsleistung* ist es aus dem *allgemeinen Steueraufkommen* zu finanzieren.
- 4.) Steuern müssen in der globalisierten Weltwirtschaft aber vor allem *wettbewerbsneutral* und *leistungsfördernd* erhoben werden.
- 5.) Die letztere Bedingung erfüllt bereits heute die international akzeptierte *Mehrwertsteuer*, weil sie den unternehmerischen Wertschöpfungsprozess - einschließlich seiner Investitionen - unbesteuert lässt; die Mehrwertsteuer verschont die Leistungserbringung und erfasst erst den Übergang fertig erzeugter Leistungen in den Konsum (= private Verbrauchsausgaben). Exportleistungen belastet sie nicht, Importe besteuert sie wie Inlandserzeugnisse.
- 6.) Die Steuererhebung ist folglich vom herkömmlichen System der nominellen Einkommens- oder Ertragsbesteuerung auf die *Konsumbesteuerung* (Bemessungsbasis: das individuelle Realeinkommen) - schrittweise, aber möglichst restlos - *umzustellen*. Erstere entfallen am Ende ganz.
- 7.) Die Mehrwertsteuer kann - wie in Deutschland und anderen europäischen Ländern bereits üblich - durch gestaffelte Steuersätze, d. h. für gehobenen und umfangreicheren Konsum mit *höheren* Sätzen, sozial gestaltet werden. Ein einheitlicher Steuersatz (wie in Skandinavien z. B. 25%) macht dagegen ausgleichende soziale Transferelemente (Differenzierung oder Zuschläge zum Grundeinkommen) nötig.

- 8.) Ein steuerfinanziertes bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger gibt persönliche Freiräume in der beruflichen Arbeit und macht ein kulturelles und gemeinwirtschaftliches Engagement, an dem es heute mangelt, leichter finanzierbar. Jeglicher Zusatzverdienst bleibt abgaben- und steuerfrei möglich, weil die Bürger ihren Steuerbeitrag zu den öffentlichen Aufgaben mit ihren Verbrauchsausgaben leisten; es gibt (sozialrechtlich) keine „Schwarzarbeit“ mehr.
- 9.) Der Finanzierungsaufwand für das Grundeinkommen geht von den heute dafür bereits verfügbaren Mitteln der bestehenden Transfersysteme im Sozial- oder Steuerrechtsbereich aus und erhöht diese Leistungen - nach Schließung einer im gegenwärtigen System bestehenden Gerechtigkeitslücke - schrittweise im Maße des dafür entstehenden sozialen Konsenses.
- 10.) Grundeinkommen und Steuersystemwechsel lassen durch ihre *Initiative* und *mitmenschliche Zuwendung* erzeugende Kraft gesellschaftliche *Wohlstandsgewinne* erwarten, die die mit dem Grundeinkommen sich stellenden Finanzierungsaufgaben zu einem sich selbst tragenden sozial-ökonomischen Geschehen machen, wenn wir als Bürger es so wollen.

Dr. Benediktus Hardorp



Autorennotiz:

Dr. Benediktus Hardorp, geboren 1928. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Mannheim. Umfangreiche Veröffentlichungen zum Steuerrecht, zum Geldwesen, zur Bildungsökonomie, zu pädagogischen anthroposophischen Themen. Langjähriges Mitglied im Verwaltungsrat des Instituts der Wirtschaftsprüfer sowie Mitglied des Vorstands der Steuerberaterkammer Karlsruhe/Nordbaden. Ehrenamtlich im Bereich der Waldorfschulen engagiert.

Anmerkungen:

¹ zitiert nach Schmidt, Enno, im Einführungstext zur Veranstaltung am 1.4.2006 in der Frankfurter Waldorfschule: „Das bedingungslose Grundeinkommen. Eine Entwicklungschance für den Menschen und die Arbeitswelt“ mit Prof. Götz W. Werner und Dr. Benediktus Hardorp (www.archiv-grundeinkommen.de/werner/20060401-ffm.PDF)

² Werner, Götz W., „Was bringt ein bedingungsloses Grundeinkommen?“ in: Suchy, Bernhard (Hrsg.), „Was jetzt zu tun ist“, Berlin 2005, (www.unterschied-zukunft.de / Ausgewählte Texte)

³ nach: Hardorp, Benediktus, „Wir müssen unsere sozialen Einrichtungen neu justieren“, in: Das Goetheanum, Nr.28, 2005, (www.hardorp-schriften.de)

⁴ Werner, Götz, zitiert nach Interview in der Frankfurter Rundschau „Wir können den Menschen von der Arbeit befreien“, 23.9.2005, (www.unterschied-zukunft.de)

⁵ Werner, Götz, zitiert im Gastbeitrag „Revolutionär denken, evolutionär handeln“, in: „profil:GRÜN“, 6, 2006,(www.unterschied-zukunft.de)

⁶ Steiner, Rudolf, in: „Geisteswissenschaft und soziale Frage“, Gesamtausgabe 34, 1906

⁷ s. Anm.1

⁸ nach: „Man muss radikal denken und schrittweise handeln.“, Interview mit Hardorp, Benediktus und Werner, Götz W. in: „Bankspiegel“, Heft 196, 2006

⁹ s. Anm. 1

¹⁰ Werner, Götz, zitiert nach: „Leitstern in die Zukunft“ in: „Das Goetheanum“, Nr.11, 2006

¹¹ zur vorgeschlagenen Reform des Steuerwesens: Hardorp, Benediktus, „14 Thesen zur Reform des Steuerwesens“, (www.unterschied-zukunft.de / Ausgewählte Texte), oder: „Das Steuerwesen auf dem

Hintergrund der inneren Entwicklung des Menschen“ in „Das Goetheanum“, Nr. 20/21, 2005

¹² s. Anm. 1), vgl. z.B. Werner, Götz, „Radikalreform statt Banalreformen“, in: „a tempo“, 11/2005 (www.unterschied-zukunft.de)

¹³ s. Anm. 4)

¹⁴ s. Anm. 1)

¹⁵ Thielemann, Ulrich, „Mit stumpferem Bleistift rechnen“ (Interview), in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 10./11./12. April 2004

Literatur /Adressen:

Werner, Götz W., „Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen“, 2. Aufl., Stuttgart 2006

Werner, Götz W., „Wer nicht arbeitet, soll trotzdem essen!“, Interview, in: Handelsblatt, 5.10.2005 (www.unterschied-zukunft.de)

Hardorp, Benediktus, „ Steuern reformieren heißt neu teilen lernen“, in: „a tempo“, 9/2003 (www.unterschied-zukunft.de)

Reihe: „Zukunft der Arbeit“ in „a tempo“, 2006, Heft 1-10 ff., im Internet unter: <http://www.unterschied-zukunft.de/index.php?id=55#atempo>.

Reihe: „Soziale Innovation“, „brandeins“, 2006, Heft 1-10 ff., im Internet unter: <http://www.unterschied-zukunft.de/index.php?id=55#brandeins>.

www.unterschied-zukunft.de
www.hardorp-schriften.de
www.archiv-grundeinkommen.de